

Proteste, Unzufriedenheit, Hoffnung: Was muss sich in Sachsen jetzt ändern?



Eine solche Protestwelle hat Sachsen seit 1989 nicht erlebt: Auf Bauernblockaden folgten Massendemos gegen Rechtsextremismus und die AfD. Wie geht es nun weiter? Acht Menschen – vom Unternehmer bis zur Bürgerrechtlerin – sagen ihre Meinung.

LVZ

29.01.2024, 10:51 Uhr

Leipzig. Wohin steuert Sachsen? An Großdemonstrationen gegen Rechtsextremismus und die AfD haben sich in Leipzig und anderen Städten im Freistaat in den vergangenen Tagen insgesamt mehr als 100.000 Menschen beteiligt. Was muss sich ändern, um das Land vor einer weiteren Polarisierung der Gesellschaft zu bewahren? Und wie soll es nun weitergehen? Acht Menschen aus Wirtschaft und Gesellschaft, Kirchen und Kommunalpolitik legen ihre Sicht dar.

„Nur zu demonstrieren reicht nicht“: Carsten Schneider (48), Ostbeauftragter der Bundesregierung



Carsten Schneider (SPD), Ostbeauftragter des Bundes.
© Quelle: Sebastian Willnow/dpa

Dass in den vergangenen Tagen Hunderttausende Menschen in Deutschland auf die Straße gegangen sind, um gegen Rechts aufzustehen, ist ein starkes Signal. Das macht Mut.

Die stille Mitte der Gesellschaft hat lange genug geschwiegen und ist endlich aus ihrer politischen Apathie erwacht. Viel zu lange haben die Populisten – eine kleine, aber laute Minderheit – die Straßen und den öffentlichen Diskurs dominiert. Jetzt zeigt sich, dass eine Mehrheit bereit ist, aktiv die Demokratie zu verteidigen und dafür aufzustehen.

Aber es reicht nicht, nur zu demonstrieren. Besonders im Osten haben die demokratischen Parteien nur eine Chance, wenn sich mehr Menschen engagieren, mit anpacken und etwa sich selbst zur Wahl stellen, im Juni bei den Kommunalwahlen. Eine Wahl, die mindestens genauso wichtig ist, wie die anstehenden ostdeutschen Landtagswahlen.

Und auch für diese Wahlen gilt: Die Menschen haben es selbst in der Hand. Eine Partei aus Protest zu wählen, schadet nicht der Bundesregierung. Es geht um Entscheidungen für die nächsten Jahre. Da müssen sich die Leute fragen, ob sie wirklich eine Partei unterstützen wollen, die gegen den Mindestlohn ist, steuerlich die Reichsten bevorzugen will oder Deutschland aus der EU führen und damit in Europa isolieren will. Das kann doch niemand ernsthaft wollen.

„In der Politik selbst aktiv werden“: Stephan Conrad (38), Sozialarbeiter im Treibhaus Döbeln



Stephan Conrad organisiert Bildungsfahrten für Jugendliche, etwa zu ehemaligen Konzentrationslagern.
© Quelle: Sven Bartsch

Ich engagiere mich jetzt seit so vielen Jahren – und die politische Lage in Sachsen macht mich manchmal ratlos. Vielleicht dürfen wir nicht unterschätzen, dass die Zivilgesellschaft im Osten einfach noch gar nicht so alt ist. Und die Demonstrationen sind ein schönes Signal: In Döbeln kamen 300 Menschen, um gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren. Das hat mir gezeigt: Ich bin nicht allein. So ging es auch vielen anderen. Aber dieses Gefühl wird uns nicht lange tragen.

Die Leute müssen sich jetzt einbringen. Das Einfachste wäre, zivilgesellschaftliche Vereine und Initiativen finanziell zu unterstützen. Wem die Politik nicht passt, der kann selbst aktiv werden: in Gewerkschaften oder eben Parteien. Im Juni sind Kommunalwahlen, das wäre doch eine super Möglichkeit. Und so anstrengend es auch ist – wir müssen immer wieder in die Diskussion gehen. Ich würde mir auch von konservativen Politikern wünschen, dass sie so manche Position nicht einfach weglächeln, sondern auch mal widersprechen.

Und ansonsten sollten wir vielleicht alle ein bisschen positiver in die Zukunft schauen. Mir ist klar, dass es Probleme gibt. Aber wir stehen etwa wirtschaftlich längst nicht so schlecht da, wie es immer behauptet wird.

„Wir haben es selbst in der Hand“: Sebastian Feydt (58), evangelisch-lutherischer Superintendent in Leipzig



Sebastian Feydt ist der Superintendent des evangelisch-lutherischen Kirchenbezirks Leipzig. Davor war er Pfarrer an der Dresdner Frauenkirche.

© Quelle: André Kempner

Im Herbst 1989 wurden auch immer mehr Menschen mutig. Sie spürten, dass es jetzt Zeit ist, zu zeigen, wofür sie stehen: für ein gutes, respektvolles Miteinander, engagiert für die Freiheit im geeinten Europa. Groß war damals der Vertrauensvorschuss in einen demokratischen Rechtsstaat. Viele setzten ihre Hoffnung auf die richtigen Entscheidungen von einigen wenigen in der Politik. Heute wissen wir: Das funktioniert so nicht. Die Demokratie lebt davon, dass sich viele einbringen und um die beste Lösung für die großen Probleme der Zeit ringen. Ansonsten werden Menschen unzufrieden, sind enttäuscht, denken über Denkmäler an der Wahlurne nach. Das erleben wir gerade hautnah. Die Wahlumfrage des Sachsen-Monitor belegt es in aufrüttelnder Deutlichkeit.

Aber wir haben es in der Hand, ob wir aufgeben – oder aufstehen. Verunsichert bleiben – oder sicherstellen, dass wir nicht allein, sondern sehr viele sind, die etwas zum Guten verändern können. Nicht erst an den Wahlurnen im Sommer, aber dann dort auch sehr wohl. Der Freistaat Sachsen braucht hier und jetzt engagierte Demokraten – uns, die wir weniger das eigene Wohlergehen und mehr das Gemeinwohl im Sinn haben. Sachsen braucht in den nächsten Wochen mehr Leipzig: eine weltoffene und innovative, zugewandte Bürgerschaft, die klare Kante zeigen kann.

„Sind gefordert, uns zu wehren“: Gesine Oltmanns (58), Leipziger Bürgerrechtlerin



Bürgerrechtlerin Gesine Oltmanns auf dem Nikolaikirchhof in der Leipziger Innenstadt.
© Quelle: Wolfgang Sens

Am Sonntag, mit Blick auf den Leipziger Marktplatz voller so verschiedener Menschen, war ich glücklich. Endlich machen wir uns sichtbar! Und ich hoffe so sehr, dass dies eine Art Initialzündung war und wir uns weiter in vielen Formen zeigen, in unserem gemeinsamen Willen, die Demokratie zu bewahren. Endlich wird vielen klar, dass dies kein Zuschauersport ist.

Und natürlich denke ich in diesen Zeiten oft an früher, als wir hier in Leipzig gemeinsam für die Demokratie gekämpft haben. Damals hatten wir mehr Angst, wir waren direkter bedroht. Jetzt ist es eine andere, grundsätzlichere, unerschwellige Angst. Wie damals sind wir jetzt gefordert, uns zu wehren. Es geht um so viel!

Ein Unterschied, den ich auch stark wahrnehme: 1989 haben sich die Demonstrierenden zu unserem einen gemeinsamen Ziel zusammengefunden – der Freiheit und Demokratie. Alles andere, was uns unterschied, war in dieser Phase der Friedlichen Revolution egal. Mein Traum ist, dass wir heute wieder zu einer solch starken Bewegung werden, die ihre Verschiedenheit als Energie begreift und nicht als Anlass, sich untereinander noch zu verkämpfen. Wenn wir so miteinander weitergehen, wie es am Sonntag auf dem Marktplatz anfang: bunt, jung und alt, konservativ und wild, aus allen gesellschaftlichen Bereichen – dann habe ich Hoffnung.

„Den Menschen Mut zusprechen“: Dirk Neubauer (53), Landrat Kreis Mittelsachsen (parteilos)



Dirk Neubauer, parteiloser Landrat von Mittelsachsen.
© Quelle: Jan Woitas/dpa

Ich glaube, da bewegt sich was. Viele, die bisher dachten, das da draußen gehe sie nichts an und die Politik müsse das klären. Viele von denen kommen ins Nachdenken. Das ist gut. Ich habe aber auch die Sorge, dass das nur eine Eintagsfliege ist. Denn bisher sind es nur Reaktionen, jetzt sollten daraus Aktionen werden. Für mich ist dabei gar nicht so sehr die AfD das Thema. Ich würde jedenfalls ungern weiter Lebenszeit damit verschwenden, um gegen etwas zu sein, das eigentlich für nichts ist. Wir müssen damit aufhören, den Leuten jeden Tag etwas vom Scheitern zu erzählen. Stattdessen müssen wir es schaffen, eine Zukunftsvision zu entwickeln, der man sich anschließen kann. Wir sollten auch wieder darauf vertrauen, dass wir eine Menge können.

Wir leben immer noch in einem der besten Länder des Planeten. In einem Landstrich, der eine unfassbar große Transformationserfahrung hat. Wir können so viel mehr, als wir sehen. Und in jeder einzelnen Krise, die wir gerade durchleben, steckt auch eine Chance. Wir brauchen wieder diese positive Wahrnehmung von uns selbst. Das zu vermitteln, wäre die politische Aufgabe des Ministerpräsidenten und der Spitzen des Landes. Sich nur am vermeintlichen Versagen der anderen abzarbeiten, reicht nicht.

Nötig ist eine eigene Idee von Sachsen und ein funktionierender Debatten-Raum. Es braucht ein Ziel. Auch, wenn nicht der ganze Weg dorthin zu sehen ist. Und es braucht Leute, die Menschen den Mut zu sprechen, diese Wege zu meistern. Am Ende muss der gut ausgehandelte Kompromiss stehen. Nicht jeder kann 100 Prozent von dem bekommen, was er gerne hätte. Davon lebt die Demokratie. Ohne Kompromisse gibt es kein Vorwärtskommen.

„Kriegsrhetorik muss aufhören“: Arnd Steyer (55), Glasermeister und Landesinnungsoberrmeister



Landesinnungsmeister Arnd Steyer führt im Leipziger Ortsteil Hartmannsdorf einen Familienbetrieb, der 1845 in Taucha gegründet wurde. Er hat zehn Mitarbeiter.

© Quelle: André Kempner

Ich habe Angst, dass es in Deutschland und international aus dem Ruder läuft. Die Ampel wird es nicht richten. Sie kann es nicht, ihre Strukturen sind zu eingefahren.

Ich würde nie eine Operation am offenen Herzen durchführen, weil ich das nicht kann. Aber genau das macht unsere Politik: sich an Sachen vergreifen, die sie nicht beherrscht. Partei-Ideologie geht über das Wohl des Volkes. Das muss sich ändern. In der Wirtschaft, in der Außenpolitik und beim Bundeskanzler.

Wir brauchen eine neue, kompetente Regierung, die das Land sanieren kann. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, bei denen sich die Industrie auch ohne Subventionen von selbst ansiedelt. Das A und O sind viel höhere Investitionen in die Bildung, bereits im Kindergarten beginnend. Über niedrigere Steuern, Sonderabschreibungen sowie viel günstigere Energiepreise und Lohnkosten muss nachgedacht werden.

Die Spaltung im Land wird eindeutig geschürt. Menschen werden diffamiert und ins rechte Lager gestellt, nur weil sie eine andere Meinung haben.

Die Ampelregierung leidet an völliger Selbstüberschätzung. Auch die Kriegsrhetorik muss aufhören. Für den Ukraine-Krieg muss schnell eine friedliche Lösung gefunden werden, um eine weltweite Eskalation zu vermeiden.

„Brauchen keine Schnellschüsse“: Katrin Weist (45), kaufm. Geschäftsführerin zweier Unternehmen der Fördertechnik-Branche



Katrin Weist, kaufmännische Geschäftsführerin von Kafriil Großzscheпа und Wutra Fördertechnik Wurzen.
© Quelle: Wolfgang Sens

Als Unternehmerin mache ich mir große Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. Wohlstand entsteht durch Wertschöpfung. Doch die Wirtschaft in Sachsen wird immer mehr eingeengt.

Insbesondere für kleine und mittlere Betriebe ist die überbordende Bürokratie kaum mehr zu stemmen. Nicht nur der unproduktive Aufwand in den Firmen ufert aus, auch der Verwaltungsapparat in den Behörden und Ämtern wächst ständig. Das kostet – und bindet wertvolle Arbeitskräfte.

Bei den aktuell knappen Kassen wäre die Politik gut beraten, auch einmal die eigenen Strukturen zu überprüfen. Es ist ein Unding, immer weiter diejenigen zu gängeln, zu schröpfen und einschränken zu wollen, die durch ihre harte Arbeit, durch teils persönliche Risiken und Entbehrungen dafür sorgen, dass unsere Regierung über den riesigen Etat verfügen kann.

Verständlich, dass die Proteste, die von den Landwirten und Bauern ausgingen, mittlerweile von sehr vielen Handwerkern und Betrieben verschiedenster Wirtschaftszweige unterstützt werden. Wir brauchen keine ideologiegetriebene Politik und undurchdachte Schnellschüsse. Um Wachstum und Wohlstand zu generieren brauchen wir Stabilität, Planungssicherheit und unternehmerische Freiheit.

„Auch über Ängste sprechen“: Azim Semizoğlu (32), Vorsitzender vom Leipziger Haus der sozialen Vielfalt



Azim Semizoğlu vom Haus SoVi, dessen Büros sich auf der Eisenbahnstraße befinden, um vor Ort ansprechbar zu sein.

© Quelle: Wolfgang Sens

In den 13 Jahren, die ich in Sachsen lebe, habe ich migrantische Communitys noch nie derart über die politische Lage besorgt gesehen wie jetzt. Unsere Workshopleiter, die in sächsischen Schulen unterwegs sind, erzählen mir von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte, die sich gerade fragen: Wie lange kann meine Familie hier noch leben? Wie lange bin ich hier noch sicher?

Die Berichte von der Potsdamer Konferenz, auf der rechte Politiker und Aktivisten einen Remigrationsplan entwarfen, hat viele verunsichert. Die Jungen und Mädchen wissen manchmal gar nicht, mit wem sie über solche Ängste sprechen können. Daher waren viele, die sich sonst nicht groß für Politik interessieren, auf der „Leipzig nimmt Platz“-Demo am Sonntag. Dort war zu spüren, dass eigentlich eine Mehrheit hinter uns steht. Das hat mich sehr glücklich gemacht.

Gleichzeitig müssen auch wir als Träger uns Zukunftsfragen stellen. Unseren Einsatz für Demokratieförderung und Antidiskriminierung finanziert der Freistaat Sachsen. Mit Blick auf die Umfragen vor der Landtagswahl prüfen wir aktuell, welche anderen, bundesweiten Fördermittel für uns infrage kommen. Wie viele andere Vereine arbeiten wir daran, dass sich migrantisches Leben nicht in Hinterhöfe zurückzieht, sondern Teil der Mehrheitsgesellschaft wird. Dafür werden wir weiter kämpfen.

LVZ